

VORTRAG

26.8. – 02.09.2019, Heidelberg

WIE GEFÄHRDET IST DIE DEMOKRATIE? EIN HISTORISCHER UND VERGLEICHENDER BLICK AUF DIE USA UND EUROPA

Prof. Dr. Manfred Berg
Curt-Engelhorn-Professur für Amerikanische Geschichte
Historisches Seminar der Universität Heidelberg

Es ist mir eine große Freude, heute Abend zu Ihnen anlässlich der Sommerakademie der Begabtenförderwerke sprechen zu dürfen, auch wenn das Thema meines Vortrages zunächst einmal nicht erfreulich klingt. Doch wenn wir Demokratie gestalten wollen, müssen wir uns mit ihren tatsächlichen und potenziellen Gefährdungen auseinandersetzen. Für mich persönlich ist dies ein zentrales wissenschaftliches Interessensgebiet, seit ich meine Magisterarbeit zum Zusammenbruch der Weimarer Republik verfasst habe. Als Historiker interessiert mich dabei immer auch die Frage, inwieweit sich aus historischen Erfahrungen Lehren für die Gegenwart ziehen lassen. Dasselbe gilt für den internationalen Vergleich, der davor schützt, nationale Besonderheiten entweder zu übertreiben oder zu ignorieren. Wenn die Diagnose zutrifft, dass sich die westliche repräsentative Demokratie derzeit in einer Krise befindet, kann die historisch-komparative Perspektive vielleicht dabei helfen, diese Krise besser zu verstehen und mögliche Entwicklungen abzuschätzen. In meinen Ausführungen werde ich mich auf die USA und Westeuropa konzentrieren, für die ich Expertise in Anspruch nehmen kann und die seit Mitte des 20. Jahrhunderts das auf Volkssouveränität, Gewaltenteilung, freien und kompetitiven Wahlen, repräsentativen Institutionen, Pluralismus, Grundrechten und Minderheitenschutz beruhende Modell der liberalen Demokratie ausgebildet haben. Dieses Modell sieht sich seit einiger Zeit einer wachsenden Herausforderung durch populistische Parteien und Bewegungen gegenüber, deren wichtigste Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie Politik als Konflikt zwischen angeblich korrupten und undemokratischen „Eliten“ einerseits und dem als homogen und moralisch integer verstandenen „Volk“ andererseits inszenieren. Demokratie reduzieren Populisten oft auf die plebiszitär legitimierte Durchsetzung des Volkswillens, notfalls auch mit autoritären Mitteln.

Ich spreche auf Einladung der Hans-Böckler-Stiftung, deren Stipendiat ich vor über dreißig Jahren war. Gestatten Sie mir daher, dass ich meinen Vortrag mit einem kurzen Rückblick auf diese Zeit beginne. Ende der Achtzigerjahre zeichneten sich das Ende des Kalten Krieges und die Auflösung der kommunistischen Diktaturen des Ostblocks ab. Im Zentrum der politischen Debatten stand nicht die Gefährdung der Demokratie, sondern ihr offenkundiger Siegeszug. Vor genau dreißig Jahren, im Sommer 1989, publizierte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama seinen berühmten Aufsatz vom „Ende der Geschichte“, in dem er die These vertrat, die liberale Demokratie stelle den „Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit“ und ihre „abschließende Regierungsform“ dar, zu der keine Systemalternative mehr vorstellbar sei. Auch wenn Fukuyamas Hegelianischer Überschlag überwiegend auf Skepsis stieß, war damals kaum vor-

stellbar, dass wir dreißig Jahre später darüber diskutieren würden, ob die Demokratie im Sterben liege, wie die Zeitschrift *Foreign Affairs* vergangenes Jahr ein Themenheft betitelte. Das Buch *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können* der Harvard-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt erklomm ebenso die Bestsellerlisten wie das ihres Kollegen Yascha Mounk *Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. Neue Bücher zum Thema erscheinen beinahe wöchentlich.

Leider lässt sich die Publikationsflut nicht als intellektuelle Mode abtun. Überall auf der Welt gewinnen autoritäre Populisten bei Wahlen an Boden oder schaffen es gar an die Regierung. Brasilien, die Philippinen und Indien erscheinen weit weg, aber Polen, Ungarn und Italien sind Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auch in der Bundesrepublik hat sich eine rechtspopulistische Partei zweistellig in den Parlamenten etabliert, bei den bevorstehenden Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern hat die AfD gute Chancen, stärkste Partei zu werden.

Der bislang größte Schock war freilich der Wahlsieg Donald Trumps im November 2016. Kaum jemand hatte es für möglich gehalten, dass ein übel beleumundeter Geschäftsmann ohne jede Erfahrung in öffentlichen Ämtern es schaffen würde, mit vulgärer Demagogie und fantastischen Versprechungen mehr als sechzig Millionen Wähler für sich zu gewinnen und dank eines antiquierten Wahlsystems ins Weiße Haus einzuziehen. Sogar Amerika, ohne dessen Entschlossenheit die liberale Demokratie das 20. Jahrhundert kaum überlebt hätte, scheint nicht gegen die autoritäre Versuchung immun. Nur wenige Tage nach Trumps Amtsantritt stufte der Demokratie-Index des *Economist* die USA von einer vollen zu einer defekten Demokratie herab, weil sich die politischen Institutionen bereits seit Langem in einer tiefen Vertrauens- und Legitimitätskrise befänden. Trumps bisherige Präsidentschaft hat die Sorge um die amerikanische Demokratie nicht zerstreut. Er propagiert ein Amtsverständnis, demzufolge der US-Präsident eine Art gewählter Diktator ist, und verunglimpft kritische Medien ebenso wie die gewählte Opposition als Volksfeinde. Vor einem Jahr warnte der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman in seiner *New York Times* Kolumne, die USA könnten auf die dieselbe abschüssige Bahn geraten wie Polen und Ungarn, wo Gewaltenteilung und Pressefreiheit akut bedroht seien.

Trumps Anhänger sehen dies naturgemäß völlig anders. Sie feiern ihn als Führer einer legitimen populistischen Rebellion, der dem Volkswillen und damit der Demokratie wieder Geltung verschafft. Auch gemäßigte Konservative insistierten zunächst darauf, dass der Wählerwille respektiert werden müsse. Falls der neue Präsident die Grenzen der Verfassung überschreite, werde dies die in-

stitutionellen Gegenkräfte mobilisieren und am Ende die Demokratie sogar stärken. Nun mag man Donald Trump allein wegen seiner narzisstischen Persönlichkeit, seines Mangels an Impulskontrolle, seines kruden Weltbildes und seiner Bewunderung für Diktatoren für gefährlich halten. Aber in der Tat lautet die Frage ja, ob deshalb die Demokratie selbst gefährdet ist. Diese Frage stellt sich für den Rechtspopulismus in westlichen Demokratien allgemein.

In der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion lassen sich grob zwei Denkschulen ausmachen. Die erste, wie sie etwa Jan-Werner Müller vertritt, hält den Populismus, trotz seiner plebisziären Rhetorik, für grundsätzlich antidemokratisch und antipluralistisch und sieht in populistischen Strategien der Ausgrenzung und Polarisierung eine manifeste Gefahr für die Demokratie. Auf Seiten der Linken sehen einige Stimmen gar die Gefahr eines neuen Faschismus. Die neomarxistische Politologin Chantal Mouffe fordert daher als Gegenstrategie zum Rechtspopulismus einen kraftvollen Linkspopulismus, um die demokratischen Energien des Volkes in die richtigen Bahnen zu lenken. Tatsächlich weisen linke und rechte Globalisierungs- und Elitenkritik erhebliche Schnittmengen auf, wie sich im US-Wahlkampf 2016 an Donald Trump und Bernie Sanders beobachten ließ. Sie unterscheiden sich aber in ihrer Konzeption von Volk. Während Rechtspopulisten das Volk als ethnokulturelle Gemeinschaft definieren, betonen Linkspopulisten die gemeinsamen sozialökonomischen Interessen der „Neunundneunzig Prozent“, wie die eingängige Parole der Occupy Wall Street – Bewegung lautete.

Die zweite Denkschule, für die beispielsweise der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme steht, grenzt den Rechtspopulismus vom Rechtsextremismus ab, den er sogar einzudämmen helfe. Demokratie, so von Beyme, brauche Volksnähe. Der Rechtspopulismus könne durchaus ins pluralistische Parteiensystem integriert und zum Ventil für legitime Partizipationsansprüche in einer „Neodemokratie“ werden, die er als Alternative zu Colin Crouchs These von einer kapitalistisch-technokratisch erstarrten „Postdemokratie“ sieht.

Von Beyme und andere haben Recht, dass die gängige Pathologisierung und Skandalisierung des Rechtspopulismus und seiner Anhänger wohlfeil und politisch kontraproduktiv sind. Die These von der Integrationsfähigkeit zumindest der gemäßigten Rechtspopulisten orientiert sich jedoch stark an den historischen Erfahrungen in Westeuropa, wo dies nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder gelungen ist. In der Bundesrepublik konnten vor allem systemkritische linke Bewegungen ins parlamentarische System integriert werden, während die radikale Rechte bis in jüngste Zeit klein gehalten wurde. Ob dies in Zukunft so bleiben

wird, ist ungewiss. Der nationalkonservative Flügel der AfD mag potenziell koalitionsfähig sein, doch deutet vieles darauf hin, dass die Öffnung gegenüber dem Rechtsextremismus der Partei nicht geschadet hat. Misstrauen gegenüber Rechtspopulisten erscheint allein deshalb angebracht, weil sie dort, wo sie, wie in Ungarn und Polen, Mehrheiten und Regierungsmacht erringen, rasch daran gehen, Pressefreiheit und Gewaltenteilung einzuschränken.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte herrscht Konsens, dass die Globalisierung die Hauptursache dafür ist, dass signifikante Teile der Bevölkerung in den westlichen Demokratien das Vertrauen in Eliten und politischen Institutionen verloren haben und ihre Hoffnungen auf autoritäre populistische Lösungen setzen. Das Schlagwort Globalisierung bezeichnet eine umfassende sozialökonomische, kulturelle, demografische und mediale Transformation, die alte Gewissheiten der nationalstaatlichen Politik radikal in Frage stellt. In ihrem vielbeachteten Buch *Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter* deutet die Soziologin Cornelia Koppetsch den Rechtspopulismus eingängig als „Konterrevolution“ gegen die von den neuen kosmopolitischen Eliten vorangetriebene Globalisierung und Transnationalisierung aller Lebensverhältnisse. Das Versprechen der Rechtspopulisten auf Wiederherstellung der alten nationalgesellschaftlichen Ordnungen möge unrealistisch erscheinen, sei aber aus der Sicht der Adressaten keineswegs irrational. Wer mit Einwanderern um einfache Jobs und billigen Wohnraum konkurriert, hat wenig Interesse an offenen Grenzen.

Allerdings werden die Effekte der Globalisierung unterschiedlich gewichtet. Primär ökonomisch argumentierende Analysen heben auf den wirtschaftlichen Niedergang und die Statusfurcht der sogenannten Globalisierungsverlierer sowie die wachsende Ungleichheit und die Schamlosigkeit der neuen globalen Wirtschafts- und Finanzeliten ab. Für viele Autoren sind dagegen die durch Masseneinwanderung ausgelösten Überfremdungsängste mindestens ebenso bedeutsam. Die demografische Transformation der westlichen Gesellschaften – seit 1960 ist in den USA der Anteil der weißen Bevölkerung von knapp 90 auf rund 60 Prozent gefallen, um die Mitte des 21. Jahrhunderts werden Weiße nur noch die größte ethnische Minderheit sein – geht mit massiven Ängsten vor dem Verlust kultureller und politischer Identität einher. Donald Trumps Versprechen „Make America great again!“ wird von vielen Anhängern auch als Versprechen verstanden, die weiße Hegemonie wiederherzustellen. Der bulgarische Politologe Ivan Krastev diagnostiziert für Osteuropa eine regelrechte „demografische Panik“, die sich aus realer Massenauswanderung und bewusst geschürter Furcht vor Masseneinwanderung speist. Die Ver-

schwörungstheorie von einem angeblich bewusst forcierten Bevölkerungsaustausch stößt aber auch in Westeuropa und der Bundesrepublik auf erstaunlich viel Resonanz.

Neben ökonomischen und kulturellen Verlustängsten befeuert die mediale Revolution die populistische Revolte. Das Internet und die sozialen Medien haben die Filterfunktion der etablierten Medien ausgeschaltet und die Geschwindigkeit und Kosten der Kommunikation dramatisch gesenkt. Anfängliche Hoffnungen auf ein goldenes Zeitalter der Partizipation und Transparenz sind inzwischen dem Erschrecken vor dem destruktiven Potenzial der neuen Medien gewichen. Das Internet, so die amerikanische Historikerin Jill Lepore, habe sich als „schnelle, effiziente und billige Polarisierungsmaschine“ entpuppt. Andere Stimmen weisen darauf hin, dass Technologie grundsätzlich neutral ist und ebenso zur Verteidigung der Demokratie eingesetzt werden kann.

Und schließlich wird die Krise der Demokratie auch als eine Krise der Eliten gedeutet, die, neben Tendenzen zur Korruption und Oligarchisierung, demokratische Partizipation und den Wählerwillen durch technokratische Experten Herrschaft unterliefern und so den populistischen Backlash provoziert hätten. Diese Kritik ist oft überzogen, aber grundsätzlich sind Wachsamkeit und Misstrauen gegenüber Eliten keineswegs undemokratisch, sondern im Gegenteil das Lebenselixier der Demokratie. Politikwissenschaftler wie Ronald Inglehart und Pippa Norris argumentieren daher seit Langem, der Vertrauensverlust in westlichen Demokratien – Umfragen zufolge vertrauen weniger als 20 Prozent der Amerikaner noch ihren politischen Institutionen – signalisiere keine Krise der Demokratie, sondern im Gegenteil die gewachsenen Erwartungen „kritischer Bürger“ an die Demokratie und ihre Repräsentanten. Irgendwann jedoch, so das Gegenargument, schlägt die Unzufriedenheit mit dem Output der Demokratie in eine grundsätzliche Legitimationskrise und Unterstützung für autoritäre Alternativen um.

Neben der Globalisierung spielen in der Debatte über die Krise der Demokratie historische Analogien eine wichtige Rolle. Um die Krisensymptome der Gegenwart zu beleuchten, werden Parallelen zum Zusammenbruch der Demokratien in der Zwischenkriegszeit gezogen. Viele Handlungsempfehlungen verweisen auf das goldene Zeitalter demokratischer Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg. In Deutschland sind wir auf die fast schon sprichwörtlichen „Weimarer Verhältnisse“ fixiert, aus denen – Bonn bzw. Berlin ist nicht Weimar! – die Bundesrepublik die richtigen Lehren gezogen habe. In den USA wiederum ist der Bürgerkrieg das nationale historische Trauma. Angesichts der extremen politischen Polarisierung stellen manche Beobachter die Frage, ob das Land heute nicht in einer ähnlichen Verfassung wie Ende der 1850er Jahre sei.

Können solche Analogien etwas zum Verständnis der gegenwärtigen Problemkonstellation beitragen? Erteilt uns die Geschichte sogar überzeitliche Lehre, wie die zwanzig Prinzipien, die der Historiker Timothy Snyder dem Publikum als Handreichung anempfiehlt? Methodisch setzt das Lernen aus der Geschichte voraus, dass zwischen Vergangenheit und Gegenwart strukturelle Ähnlichkeiten bestehen und dass in der Gegenwart dieselben kausalen Erfahrungsregeln gelten wie in der Vergangenheit. Konkret: Wir setzen voraus, dass Demokratien heute aus ähnlichen Gründen scheitern, wie wir sie aus der Geschichte kennen, etwa an Wirtschaftskrisen oder politischen Blockaden, aber auch an fatalen Entscheidungen individueller Führer und politischer Eliten.

Das Europa der Zwischenkriegszeit bietet zweifellos reichliches Anschauungsmaterial für das Scheitern demokratischer Systeme. Zwischen 1918 und 1938 wurde die parlamentarische Demokratie in sechzehn Staaten durch autoritäre und faschistische Diktaturen gestürzt. Ende der Dreißigerjahre waren nur noch Skandinavien, die Beneluxländer, die Tschechoslowakei, Frankreich, Großbritannien und Irland demokratisch. Allerdings war die Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts fast überall eine neue, unerprobte Regierungsform, die nach dem Ersten Weltkrieg mit riesigen Erwartungen und Belastungen befrachtet war. Es waren vor allem die Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges und die aus den zerfallenen Imperien hervorgegangenen Staaten Ostmitteleuropas, wo ethnische Konflikte, militanter außenpolitischer Revisionismus und Ultrationalismus die Demokratie belasteten. Wo eine gefestigte demokratische Tradition existierte, konnte sich die Demokratie dagegen behaupten.

Die USA sind dafür ein instruktives Beispiel. Auch in Amerika führte das Masseneleid der Großen Depression zu einer gravierenden Legitimationskrise des Kapitalismus und zum Aufstieg von Populismus und Extremismus. Die Demokratie selbst war jedoch nie ernsthaft in Gefahr. Während in vielen Gesellschaften Europas die Botschaft, nur eine Diktatur könne die Krise überwinden, große Resonanz fand, galt sie in den USA weithin als Anschlag profitgieriger Kapitalisten auf die egalitäre Demokratie und den *American Dream*. Dass viele Kritiker Präsident Franklin Roosevelt als Diktator schmähten und sein Reformprogramm mit dem Staatsdirigismus in Nazideutschland und im faschistischen Italien verglichen – eine Deutung, die Historiker zu anregenden Vergleichen inspiriert hat – darf nicht den entscheidenden Unterschied verwischen, nämlich, dass der *New Deal* eine demokratische Legitimation besaß und die USA eine freiheitliche Demokratie blieben. Die Person Roosevelts unterstreicht zugleich, dass nicht nur Diktaturen, sondern auch Demokratien von charismatischen Führungspersönlichkeiten profitieren.

Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit dürfen die westeuropäischen Demokratien heute als gefestigt gelten. Dass Mehrheiten die Abschaffung freier Wahlen, der Gewaltenteilung oder der Meinungsfreiheit begrüßen oder widerstandslos hinnehmen würden, ist schwer vorstellbar. Auch in den osteuropäischen Staaten hat sich, trotz vieler Probleme, die gewaltenteilige Demokratie bereits dreißig Jahre lang gehalten, gegen den Marsch in die illiberale Demokratie gibt es zivilgesellschaftlichen Widerstand. Allerdings ist immer wieder die Warnung zu hören, dass eine katastrophale Wirtschaftskrise wie die Große Depression auch heute wieder zu einer tödlichen Gefahr für die Demokratie werden könnte. Linke Autoren wie der US-Politologe Robert Kuttner argumentieren, der ungezügelte Laissez-faire-Kapitalismus der Zwischenkriegszeit habe zum Faschismus geführt, und angesichts der Verwerfungen, die der globale Neoliberalismus hervorgerufen habe, drohe diese Gefahr auch heute wieder.

Faschismus ist in der öffentlichen Diskussion allerdings ein Reizwort von eher zweifelhaftem Erkenntniswert. Nach der Wahl Donald Trumps warnen selbst konservative Intellektuelle wie Robert Kagan vor der Gefahr eines amerikanischen Faschismus; auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz attestiert Trump faschistische Tendenzen. Die beiden englischen Politologen Roger Eatwell und Matthew Goodwin sehen in der Gleichsetzung von Rechtspopulismus und Faschismus dagegen den Versuch, unliebsame Forderungen und Debatten abzublocken. Ideologisch habe der Rechtspopulismus wenig mit dem historischen Faschismus gemein, sondern sei eine antielitäre Protestbewegung, wie sie in demokratischen Gesellschaften immer dann aufkämen, wenn sich die Eliten zu weit von den Interessen und Werten der einfachen Bürger entfernten. Auch ich halte den Empörungsbegriff Faschismus für wenig hilfreich, doch sollten wir auch nicht, wie Eatwell und Goodwin, die demokratisch-plebiszitäre Rhetorik des Rechtspopulismus einfach für bare Münze nehmen. Wie fließend die Grenzen zum Rechtsextremismus sind, zeigt sich eher in der Praxis rechtspopulistischer Parteien als in ihren Programmen.

Interessanter als die ideologischen Affinitäten zwischen heutigen Rechtspopulisten und historischem Faschismus sind die strukturellen Analogien. Der Wahlforscher Jürgen Falter hat in einem systematischen Vergleich von NSDAP und AfD bemerkenswerte Parallelen dargelegt, vor allem den rasanten Aufstieg beider Parteien zu „Volksparteien des Protests“, die in sehr unterschiedlichen Milieus und politischen Lagern Anhänger mobilisieren können. Falter sieht das Gros der AfD-Anhänger als enttäuschte Nationalkonservative, aber wie beim Aufstieg der NSDAP bestehe die Gefahr, dass politische Entfremdung in hasserfüllte Ablehnung der politischen Elite und der Demokratie umschlagen könnte.

Das Schicksal der Weimarer Republik bleibt das Menetekel! In der deutschen wie in der internationalen Diskussion steht Weimar sowohl für die strukturellen Belastungsfaktoren der Demokratie als auch für das eklatante Versagen politischer Führung, namentlich durch die reaktionären Eliten, die 1932/33 aus Opportunismus und grotesker Selbstüberschätzung Hitler die Macht übergaben. Ausgehend von Mussolinis „Marsch auf Rom“ und Hitlers „Machtergreifung“ zeichnen Levitsky und Ziblatt in *Wie Demokratien sterben* nach, wie etablierte Eliten Demagogen und ihre Bewegungen durch fatale Bündnisse an die Macht bringen, die diese dann zielstrebig monopolisieren. Die prodemokratischen Parteien, Führer und Medien, so lautet die Quintessenz ihres Buches, können und müssen Demagogen von der Macht fernhalten, indem sie sich ideologisch klar distanzieren, die Zusammenarbeit verweigern und notfalls eine Einheitsfront bilden, etwa durch Wahlbündnisse und große Koalitionen. Dass Donald Trump erst Präsidentschaftskandidat der Republikaner und dann Präsident werden konnte, führen die Autoren darauf zurück, dass das Parteiestablishment und die konservativen Medien ihre Türhüterfunktion aufgegeben hätten. Erst habe man Trump unterschätzt und sich ihm dann unterworfen. Wie 2017 die französischen Konservativen in der Stichwahl Macron gegen Le Pen unterstützten, so hätten die Republikaner zur Wahl Hillary Clintons aufrufen müssen. Dass sie dazu nicht bereit waren, schreiben Levitsky und Ziblatt der ideologischen Polarisierung zu, die seit den 1960er Jahren Konsenskultur und Zivilität in der amerikanischen Politik zerstört habe. Mit Trump im Weißen Haus liefen die USA nun Gefahr, auf die abschüssige Bahn des Autoritarismus zu geraten.

Die Empfehlung, Extremisten durch den Konsens der Demokraten zu isolieren, hat einiges für sich. Wenn es um Sein oder Nichtsein der Demokratie geht, gibt es zur „Einheitsfront“ keine Alternative. Das Problem ist jedoch, dass zu viel Konsens die demokratischen Parteien als das Elitenkartell erscheinen lässt, als das sie die Populisten darstellen. Je stärker diese werden, umso größer wird der Zwang zur ungeliebten großen Koalition, die wiederum den Populisten in die Karten spielt. In Österreich und Deutschland lässt sich dieser Rückkoppelungseffekt trefflich beobachten. Irgendwann sind die Außenseiter dann so stark, dass es auch demokratisch kaum mehr legitimierbar ist, sie von der Teilhabe an der Macht gänzlich auszuschließen. Nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland in diesem Herbst, wird sich diese Frage auch bei uns stellen.

Wie andere amerikanische Publikationen verströmt das Buch von Levitsky und Ziblatt eine gewisse Nostalgie für den Politikstil, der Amerika um die Mitte des 20. Jahrhunderts Stabilität und Prosperität sicherte, obschon Entscheidungen oft von korrupten Parteibossen in rauchgeschwängerten

Hinterzimmern ausgekugelt wurden. Auch die ökonomischen Vorschläge, wie die Krise der Demokratie überwunden werden könnte, sind stark auf das goldene Zeitalter der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg fixiert, als stetiges Wachstum und ein steigender Lebensstandard, relative Verteilungsgerechtigkeit und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den westlichen Demokratien für politische Stabilität sorgten. Diesen Konsens, so der Grundtenor der Debatte, habe ein entfesselter globaler Kapitalismus mit Hilfe der politischen Eliten zerstört. Die Abkehr vom Neoliberalismus und die Wiederherstellung des sozialdemokratischen Gesellschaftsvertrages seien daher das Gebot der Stunde. Bei linken amerikanischen Autoren wie Kuttner verbindet sich New Deal-Nostalgie mit der Forderung, ein starker Nationalstaat müsse die Globalisierung zurückdrängen. Zudem sei nur der Nationalstaat wirklich demokratisch, weil es weder eine Weltregierung noch eine globale Staatsbürgerschaft gebe. Auch Joseph Stiglitz kritisiert, dass die Institutionen der Globalisierung, besonders der IWF, die WTO und die EZB, nationale Souveränität und Demokratie aushöhlen.

Ob sich die ökonomische Globalisierung zurückdrehen lässt, ist allerdings zweifelhaft. Als die Nationalstaaten dies in der Zwischenkriegszeit taten, trug dies nach überwiegender Auffassung der Wirtschaftshistoriker wesentlich zur Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und damit zur Krise der Demokratie bei. Trumps Protektionismus und sein Slogan „America First“ gelten nicht zu Unrecht als Rückfall in die Mentalität dieses Zeitalters. Realistischerweise kann es heute nur darum gehen, die Globalisierung zu regulieren und ihre Gewinne gerechter zu verteilen. Dass dies möglich ist, zeigt nach Auffassung von Francis Fukuyama Deutschland, das, im Unterschied zu den USA, in einen starken Produktionssektor, berufliche Bildung und den Sozialstaat investiert habe. Die US-Politik habe dagegen den wirtschaftlichen Niedergang der Mittel- und Arbeiterklasse tatenlos geschehen lassen. Trump sei die logische Quittung, aber immerhin stehe die Frage ökonomischer Gerechtigkeit wieder auf der Tagesordnung.

Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen sozialer Solidarität in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verändert. Die demokratischen Wohlfahrtsstaaten, die in den westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, beruhten darauf, dass sich diese Gesellschaften als ethnisch homogene Nationalstaaten betrachteten. Dies gilt nicht nur für Skandinavien und Deutschland, sondern auch für die USA. Der New Deal-Konsens fiel zusammen mit einer restriktiven Einwanderungspolitik, die zwischen 1920 und 1970 für historisch niedrige Immigration sorgte. US-Historiker erklären den Zerfall der New Deal-Koalition damit, dass sich die weiße Mittel- und Arbeiterklasse seit den späten Sechzigerjahren sukzessive

von der Demokratischen Partei abgewendet habe, weil sie sich als Verlierer der Bürgerrechts- und Einwanderungsreformen gefühlt habe. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Unterstützung für Sozialprogramme unter weißen Amerikanern gesunken ist, weil sie darin eine unfaire Bevorzugung ethnischer Minderheiten sehen. Auch der europäische Populismus bezieht sein Mobilisierungspotenzial vor allem aus dem Versprechen, die Interessen und den Status der einheimischen Bevölkerung gegen Konkurrenz und Überfremdung durch Einwanderer zu schützen. Seit die einstmals neoliberale AfD Nationalismus und Sozialstaat zu verbinden versucht, ist sie die deutsche Partei mit dem höchsten Arbeiteranteil unter ihrer Anhängerschaft geworden.

Zahlreiche Studien zum Rechtspopulismus betonen, dass dessen Anhänger das subjektive Gefühl haben, zu Fremden im eigenen Land zu werden. Doch darüber, wie diesem Gefühl begegnet werden sollte, gehen die Meinungen weit auseinander. Wer sich dem moralischen Imperativ globaler Solidarität verpflichtet weiß, tendiert dazu, solche Ängste als Hysterie oder rassistische Fantasien abzutun. Für viele klassische Linke sind Fremdenfeindlichkeit und Nativismus primär ärgerliche Nebenwirkungen sozialer und ökonomischer Verwerfungen, also das berühmte „falsche Bewusstsein“, das es durch Aufklärung und konsequente Umverteilungspolitik zu bekämpfen gilt. Yasha Mounk sieht in der Kombination aus Massenimmigration und ökonomischer Stagnation das eigentliche Problem. Unter günstigen wirtschaftlichen Bedingungen würden sich die westlichen Gesellschaften allmählich an ethnische Vielfalt gewöhnen, wie dies in Kalifornien bereits zu beobachten sei.

Skeptiker sehen dies weniger optimistisch und plädieren dafür, die mit der demografischen Transformation verbundenen politisch-kulturellen Ängste ernst zu nehmen. Liberale in der Tradition des New Deal kritisieren seit Langem, dass sich die Demokratische Partei zu viel um ethnische und sexuelle Minderheiten und zu wenig um ihre *blue collar*-Stammwähler gekümmert habe. Auch in der europäischen Sozialdemokratie werden die Stimmen lauter, die eine Rückbesinnung auf die sozialen Interessen und kulturellen Werte der traditionellen Basis fordern. Sie sehen sich durch den jüngsten Wahlsieg der dänischen Sozialdemokraten, die zuvor in der Einwanderungspolitik deutlich nach rechts gerückt waren, bestärkt. Weiterhin offene Grenzen zu predigen, so Eatwell und Goodwin, bedeute für die Parteien der linken Mitte politischen Selbstmord. Auch Fukuyama hält „vernünftige Einwanderungsbeschränkungen“ für unumgänglich. Als die USA in den Zwanzigerjahren diesen Schritt taten, habe dies dem „goldenen Zeitalter“ sozialer Gleichheit den Weg geebnet. Als Historiker bin ich geneigt, daran zu erinnern, dass die von Fukuyama gelobten Einwanderungs-

gesetze den erklärten Zweck verfolgten, Amerika als Land der „angelsächsischen Rasse“ zu erhalten. Es ist indessen zu einfach, jede Diskussion darüber, wie viel Einwanderung Gesellschaften verkräften können und welche Einwanderer sie ins Land holen wollen, apriori unter Rassismusverdacht zu stellen. Wer Immigration und Flüchtlingspolitik ausschließlich unter moralischen Imperativen diskutiert, entzieht sie dem demokratischen Meinungsstreit und Entscheidungsprozess. Andererseits wäre es völlig illusionär zu glauben, die Nationalstaaten könnten einfach ihre Grenzen schließen und die Uhren auf das Jahr 1960 zurückdrehen. Die demografische Transformation der westlichen Gesellschaften ist in vollem Gange und ließe sich nur rückgängig machen, wenn diese Gesellschaften zur Politik der 1930er und 1940er Jahre zurückkehrten, eine veritable Horrorvorstellung. Die Herausforderung besteht darin, die multiethnische Gesellschaft der Zukunft demokratisch und solidarisch zu gestalten. Ob wir sie bestehen, ist eine offene Frage. Wie sie beantwortet wird, dürfte sich zuerst in den USA entscheiden, wo, wie erwähnt, die weiße Bevölkerung bereits um die Mitte des 21. Jahrhunderts nur noch eine relative Mehrheit stellen wird.

Sowenig sich Globalisierung, demografischer Wandel und Kommunikationsrevolution rückgängig machen lassen, sowenig wird die populistische Herausforderung verschwinden. Dies bedeutet, dass die Veränderung der Parteienlandschaft weitergehen wird. In den parlamentarischen Vielparteiensystemen Europas ist dieser Prozess seit Langem erkennbar. In den USA täuscht das institutionell einbetonierte Zweiparteiensystem Stabilität nur vor, wie die feindliche Übernahme der Republikanischen Partei durch Trump demonstriert hat. In Wirklichkeit ist die Polarisierung zwischen den Republikanern als Partei der konservativen, nationalistischen Weißen und den Demokraten als Partei der liberalen Eliten und ethnischen Minderheiten bereits seit Jahrzehnten im Gange und hat das Konfliktmuster für andere Demokratien vorgezeichnet. Cornelia Koppetsch konstatiert sogar, der Konflikt zwischen den kosmopolitischen und den nationalrestaurativen Milieus habe den alten Antagonismus zwischen Industriearbeit und Kapital abgelöst.

Die Hoffnung, der Rechtspopulismus sei lediglich das letzte Aufbäumen alter, reaktionärer, weißer Männer, trägt indessen und hat nicht unwesentlich zur Unterschätzung Donald Trumps beigetragen. Bis auf weiteres wird der Populismus als politische Kraft Bestand haben, auch wenn Donald Trump im nächsten Jahr abgewählt werden sollte und die Bäume der AfD nicht in den Himmel wachsen. Der Populismus wird aber auch deshalb nicht verschwinden, weil das demokratische Versprechen auf Gleichheit, Emanzipation und Partizipation tendenziell eliten- und autoritätsskeptisch ist. Dass der Populismus der modernen Massendemokratie eingeschrieben ist, ließe sich ausführlich an der amerikanischen Politikgeschichte exemplifizieren.

In der Ära der *Jacksonian Democracy*, die Alexis de Tocqueville in seinem berühmten Werk *Über die Demokratie in Amerika* (1835) beschrieb, verband sich der Glaube an die moralische Integrität und politische Weisheit des Volkes mit der Forderung nach umfassender Selbstregierung. Die populistischen Bewegungen waren mal, wie der Agrarprotest der *People's Party* Ende des 19. Jahrhunderts, basisdemokratisch und sozialreformerisch, mal reaktionär und illiberal wie der McCarthyismus in den Fünfzigerjahren. Der Populismus kann sowohl ein Korrektiv gegen technokratische Erstarrung als auch eine demagogisch-autoritäre Bedrohung der Demokratie sein.

Gefragt ist der differenzierte Blick, der, wie Koppetsch fordert, auch die Selbstreflexion des eigenen Standortes einschließt. Liberale intellektuelle Eliten müssen akzeptieren, dass politische Forderungen und Entscheidungen nicht allein deshalb illegitim und undemokratisch sind, weil sie, wie etwa das Brexit-Referendum, ihren eigenen Werten und Überzeugungen zuwiderlaufen. Unbestreitbar befindet sich die repräsentative Demokratie in einem Wandlungsprozess, aber die Demokratie hat sich in ihrer Geschichte immer wieder gewandelt, ohne dass sie bislang untergegangen wäre. Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit hat die Diktatur heute keine Massenbasis. Das von Victor Orbán propagierte Alternativmodell der autoritär-plebiszitären „illiberalen Demokratie“ gefällt uns aus guten Gründen nicht, zwingt uns aber zu einem Modus vivendi, solange seine Protagonisten bei kompetitiven Wahlen Mehrheiten erringen.

In Deutschland haben wir aus der Geschichte die Lehre gezogen, dass die Demokratie ihren Feinden gegenüber wehrhaft sein muss. Daran gilt es auch in Zukunft festzuhalten. Für völkisch-rassistischen Extremismus gibt es keinen Platz. Demokratie gestalten kann aber nicht heißen, dass sich die Demokraten in der Defensive einrichten. Es bedeutet auch, die Populisten im politischen Meinungskampf zu stellen und ihre Wähler zurückzugewinnen. Es bedeutet darüber hinaus, darüber nachzudenken, wie die Demokratie transparenter und repräsentativer gemacht werden kann. Reformdebatten werden in der politischen Öffentlichkeit seit Jahrzehnten geführt, aber ob etwa mehr direkte Demokratie eine Patentlösung bietet, ist kontrovers.

In den USA ist das politische System besonders verkrustet und der Reformbedarf besonders hoch – ich nenne nur die Stichworte Electoral College, Wahlkampffinanzierung durch private Interessengruppen und die als Gerrymandering bezeichnete manipulative Einteilung der Wahlkreise – aber zugleich ist die Reformfähigkeit äußerst niedrig. Im Gegenteil zeichnet sich seit Jahren eine bedenkli-

che Rückkehr zu den Methoden des scheinlegalen Wahlrechtsentzugs ab, wie sie in den Südstaaten zur Zeit des institutionalisierten Rassismus praktiziert wurden, um Schwarze vom Wählen abzuhalten. Viele republikanisch regierte Bundesstaaten haben zum Beispiel die Registrierung, Briefwahl und vorzeitige Stimmabgabe erschwert, um, so Kritiker, Minderheiten und sozial Schwachen die Teilnahme zu erschweren. Dass die Republikanische Partei, deren Wählerschaft zu neunzig Prozent weiß ist, sich auf Dauer gegen den demografischen Wandel abschotten kann, erscheint unwahrscheinlich, aber Pessimisten verweisen auf die historische Erfahrung der erfolgreichen Konterrevolution nach dem Bürgerkrieg, als es gelang, den Fortschritt der Demokratie unter dem Banner der weißen Vorherrschaft zurückzudrängen.

Einige amerikanische Kommentatoren sehen sogar noch weitere beunruhigende Parallelen zwischen dem Bürgerkrieg und der Gegenwart. Sie verweisen darauf, dass dem mit ca. 700.000 Toten größten militärischen Konflikt in der atlantischen Welt zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg eine jahrzehntelange Polarisierung vorausging, bis sich der Norden und der Süden nur noch als unversöhnliche Gegner betrachteten, zwischen denen kein Kompromiss mehr möglich war. Prominente Historiker erinnern daran, dass der Anlass für die Sezessionserklärung des Südens der Wahlsieg Abraham Lincolns im November 1860 war, den der Süden nicht hinnehmen wollte, weil Lincoln angeblich die Abschaffung der Sklaverei plante. Der Historiker David Blight hat das Szenario so skizziert:

“We know we are at risk of civil war, or something like it, when an election, an enactment, an event, an action by government or people in high places, becomes utterly unacceptable to a party, a large group, a significant constituency. It did not happen with Bush v. Gore, in 2000, but perhaps we were close. It is not inconceivable that it could happen now.”

Zur Erinnerung: Im Wahlkampf 2016 hatte Donald Trump behauptet, nur Wahlbetrug könne seinen Wahlsieg verhindern, und lange offen gelassen, ob er eine Niederlage akzeptieren werde. Sein früherer Anwalt Michael Cohen bemerkte kürzlich, so wie er Trump kenne, werde dieser eine Niederlage nicht hinnehmen und eine Übergabe des Präsidentenamtes verweigern. Das mag abenteuerlich

klingen, aber falls es nächstes Jahr wieder einen so knappen Wahlausgang geben sollte wie 2016, als nur wenige Zehntausend Stimmen in drei Bundesstaaten den Ausschlag gaben, ist es keineswegs unvorstellbar, dass Trump sich weigert, das Weiße Haus zu verlassen. Umgekehrt bin ich nicht sicher, ob die Demokraten noch einmal, wie 2000, einen zweifelhaften Wahlausgang bzw. dessen Ratifizierung durch eine knappe Mehrheit des Supreme Courts widerstandslos hinnehmen würden.

Der Grund, warum ich diese Szenarien erwähne, ist nicht, um Ihnen Angst einzujagen. Vielmehr möchte ich abschließend eine fundamentale historische Erfahrung in Erinnerung rufen, nämlich dass gänzlich unerwartete Ereignisse der Geschichte eine dramatische Wendung geben können. Die Terroranschläge des 11. September 2001 fallen in diese Kategorie. Schon damals führte die George W. Bush-Administration den „Krieg gegen den Terror“ mithilfe eines Exekutivregimes, das, wenn nicht die Demokratie, so doch den Rechtsstaat schwer beschädigte. Der nationale Notstand ist ein klassisches Instrument zur Aushöhlung der Demokratie, und die Notstandsbefugnisse des US-Präsidenten sind sehr weitreichend. Kaum jemand wird behaupten, dass sie bei Donald Trump in verantwortungsvollen Händen liegen.

Wenn ich also in diesem Vortrag argumentiert habe, dass die historischen Analogien zum Scheitern der Demokratie in der Zwischenkriegszeit eher den Schluss erlauben, dass die westlichen Demokratien der Gegenwart sehr viel resistenter gegen politische und ökonomische Krisen sind, muss ich diese frohe Botschaft mit dem Caveat versehen, dass wir auch das Unerwartete nicht ausschließen dürfen. Den von mir eingangs erwähnten Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen hatten vor 1989 nur wenige westliche Experten für möglich gehalten, weil sie die Stabilität des Systems eklatant überschätzten. In der gegenwärtigen Krise der Demokratie, so lautet mein *ceterum censeo*, gibt uns der Blick in die Geschichte weder Anlass zu Alarmismus noch zu Selbstgefälligkeit. Meine Hoffnung ist, dass künftige Historiker die heutige Rede vom Siechtum der Demokratie ebenso als zeitgeistige Übertreibung bewerten mögen, wie wir heute Fukuyamas Triumphalismus am Ende des Kalten Krieges. Bis auf weiteres halte ich mich an Mark Twains bekannten Aphorismus und wage die These, dass die Nachrichten vom Tod der Demokratie stark übertrieben sind.